



SAT.1-MODERATOR ÜBER LINKSTERROR IN HAMBURG

Claus Strunz: „Linksextreme sind gefährlicher als Rechtsextreme“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Journalist Claus Strunz gab der SPD am Montag im SAT.1-Frühstücksfernsehen eine volle Breitseite mit: Hamburgs SPD-Oberbürgermeister Olaf Scholz habe seine völlige Unfähigkeit bewiesen, die Bürger seiner Stadt zu schützen, deren Sicherheit er zuvor vollmundig garantiert habe. Statt sich bei Beethovens Klängen an der Seite der Mächtigen zu sonnen, hätte er mit dem Polizeipräsidenten dafür sorgen müssen, dass in einigen Stadtvierteln nicht geplündert, abgefackelt und zerstört werde. Scholz müsse jetzt die Konsequenzen aus seinem Versagen ziehen und zurücktreten.

Die SPD habe nach den Silvester-Debakel in Köln erneut beweisen, dass sie innere Sicherheit nicht könne. Zudem grenze sie sich nicht deutlich vom Linksextremismus ab, den Strunz auch als ein größeres Problem als den Rechtsextremismus ansieht. Denn die rot-grünen Eliten, die bestimmten, was wir zu denken hätten, verniedlichten das Problem und meinten, dieser Terror habe nichts mit links zu tun.

Strunz vertritt auch die gleiche Meinung über die seltsam zurückhaltende Polizei-Strategie, wie ich sie auch in [meinem Videokommentar](#) geäußert habe: Die Polizei hätte zu Beginn der „Welcome to hell“-Demo den schwarzen Block einkesseln und sämtliche Vermummte 48 Stunden in Gewahrsam nehmen sollen. Strunz meinte, es habe Anzeichen dafür gegeben, dass die Einsatzleitung genau das habe durchführen wollen, aber dann von irgendjemand – vielleicht von Scholz – daran gehindert worden sei.

Es ist ein gutes Zeichen, dass nach den kriegsähnlichen Zuständen von Hamburg Teile der Medien umschwenken und die Gefahr durch den Linksextremismus klar benennen. Auch Jörg Zajonc, Chef von RTL West, hat einen hervorragenden Kommentar gesendet, in dem er den Schwarzen Block als „Mob“ und „Gesinnungsfaschisten“ bezeichnet, der nur Gewalt und Randalie im Sinn hat und puren Terror ausübe:

Der Druck auf die Politik muss jetzt konsequent weiter erhöht werden. Oberstes Ziel sollte sein, den unsäglichen „Kampf gegen Rechts“ in „Kampf gegen Extremismus“ umzubenennen, um damit alle Gefährder unseres demokratischen Rechtsstaates – die Nationalsozialisten, Internationalsozialisten und Islamfaschisten – gleichermaßen zu bekämpfen. Hierzu ist es unverzichtbar, dass die AfD möglichst stark in den Bundestag einzieht. Eine ihrer ersten Maßnahmen wird die Forderung nach Einberufung eines Untersuchungsausschusses zum Linksextremismus sein. Dann dürften die Steine ins Rollen kommen..